Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 80 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 248a | Dresden, Sonntag den 26. Oktober 1919 | 30. Jahrg.

Die Herren von Petersburg

Der Krieg im Osten

Amsterdam, 24. Oktober. Das bolschewistische Hauptquartier verbreitet über die militärische Lage folgenden Bericht:

Englische und schwedische Funksprüche melden, daß Kronstadt und Petersburg gefallen seien. Diese Nachrichten sind falsch. Die Roten Truppen sind im Gegenteil, nachdem sie zunächst von Krasnoje-Selo und Gatschina zurückgewichen waren, wenige Stunden später in beiden Orten siegreich wieder eingezogen und haben erfolgreiche Gegenstöße unternommen. Das Proletariat der Hauptstadt hat alle Angriffe zu Wasser und zu Lande vollständig zurückgeschlagen. Kronstadt ist fest in unsrer Hand.

Daily Mail meldet aus Paris: Die russischen Randstaaten haben angezeigt, daß sie die Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland auf Verlangen der Alliierten abgebrochen haben.

Aus Riga liegen Nachrichten vor, wonach der russische General die Zahl der in seinem Verbande kämpfenden deutschen Truppen auf 35 000 Mann angibt. In die südlichen Vorstädte von Riga sind die Russen und Deutschen eingedrungen.

•

Des Zaren Rettungsversuch

In seinen Erinnerungen teilt Graf Czernin in der Vossischen Zeitung mit, daß am 26. Februar 1917 durch einen wohlbeglaubigten Neutralen ein ernstliches Friedensangebot an ihn gelangte. Es ergab sich die Rückfrage vom 9. März, ob der nächste gesamte Gegner bereit sei, mit der Gesamtheit der Mittelmächte Frieden zu schließen. Darauf ist nie mehr eine Antwort gekommen. Sieben Tage später, am 16. März, ist der Zar entthront worden. Es hat sich hier offenbar um einen letzten Rettungsversuch von ihm gehandelt, der vielleicht, wenn er wenige Wochen früher erfolgt wäre, nicht nur das Schicksal Rußlands, sondern das der Welt hätte ändern können.

•

Trau, schau, wem!

Amsterdam, 25. Oktober. Die Times vom 23. d. M. melden, daß General Koltschak sowohl von Denikin als auch von Judenitsch als Haupt der russischen Regierung anerkannt worden sei. Der in London eingetroffene offizielle Vertreter des Generals Judenitsch, General Dobriansk, erklärte, daß Judenitsch weitgehende Maßnahmen getroffen habe, um die Gefangennahme der bolschewistischen Führer zu sichern. Die Generale Koltschak, Judenitsch und Denikin haben die Absicht, wenn es ihnen glückt, Rußland zu befreien, eine Koalitionsregierung zu bilden, die die Grundlage für die friedliche Wahl der Konstituante auf demokratischer Grundlage schaffen wird. Die drei Generale haben nicht die geringste Absicht, die Monarchie wieder einzuführen. Sie streben nach einer demokratischen Regierungsform.

•

Basel, 25. Oktober. Nach einer Meldung aus Paris soll Frankreich für die Wiederherstellung der Monarchie mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als Zaren an der Spitze eintreten. Dagegen befürworten die Amerikaner eine demokratische Republik, zu deren Präsidenten sie den Bruder des Exzaren, Michael Alexandrowitsch, der sich bei der Armee Koltschak befindet, vorgeschlagen hätten.

Amerika und der Friedensvertrag

Wie über Amsterdam aus Amerika berichtet wird, hält die Besserung im Befinden des Präsidenten Wilson an. Der Nieuwe Courrant meldet, daß Wilson bereits vier Gesetzentwürfe unterzeichnet hat.

Das Pressebureau Radio meldet, daß der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vier weitere Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrags angenommen hat. Damit steigt die Zahl der Vorbehalte auf 14.

Laut Pressebureau Radio erklärte Senator Gronna im amerikanischen Senat, der Friedensvertrag sei eine Vergewaltigung der 14 Punkte Wilsons und werde zur Folge haben, daß die Vereinigten Staaten in Kriege verwickelt werden. Der Völkerbund mache Amerika zum Packpferd der Regierungen Europas, Asiens und Afrikas. Der Völkerbund errichte eine Ueberregierung. Senator Gronna griff auch die Schantungklausel an.

•

Der ausgepfiffene Lortzing

Haag, 25. Oktober. Nieuwe Courrant meldet aus Neuyork, daß es bei der Aufführung von Zar und Zimmermann im Lexington-Theater zu großen deutschfeindlichen Kundgebungen im Theater und außerhalb desselben kam. Die Sänger wurden mit faulen Eiern beworfen. Verschiedene Personen sind bei den Zusammenstößen auf der Straße verwundet worden.

Belgische Gewaltmaßnahmen

Berlin, 25. Oktober. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Düsseldorf hat folgende Note überreicht:

Durch die Verfügung des Oberbefehlshabers der belgischen Besatzungsarmee der vierten Zone sind am 6. Oktober sieben Personen, darunter zwei Geistliche und zwei Lehrerinnen der höheren Töchterschule in Malmedy, „à cause de propos tendencieux et propagande active" aus dem Kreise Malmedy ausgewiesen worden. Sie haben zum Teil den Kreis binnen drei Tagen zu verlassen. Die ausgewiesenen Personen haben sich keiner Gefährdung der Sicherheit der belgischen Besatzungstruppen schuldig gemacht, sondern sind lediglich für das Verbleiben der Kreise Eupen und Malmedy bei Deutschland eingetreten. Der Friedensvertrag gibt den Bewohnern dieser Kreise das Recht, ihre Wünsche in diesem Sinne zu äußern, und die verbündeten und assoziierten Mächte haben feierlich versichert, daß die Abstimmung in voller Freiheit vor sich gehen werde. Mit diesen Zusicherungen steht es im Widerspruch, wenn unter der Bevölkerung jede Regung für das Verbleiben bei Deutschland gewaltsam unterdrückt, anderseits aber belgische Propaganda mit allen Mitteln betrieben wird. Der Bevölkerung von Malmedy hat sich durch die Ausweisungen eine tiefgehende Erregung bemächtigt, da sie in ihnen einen neuen Beweis für die bei den belgischen Behörden vorbereitete Unterdrückung jeder freien Willensäußerung in bezug auf die Abstimmung erblickt. Die deutsche Regierung legt gegen diese Ausweisungen, die nur der Einschüchterung der Bevölkerung dienen sollen, nachdrücklich Verwahrung ein und spricht die Erwartung aus, daß die belgischen Militärbehörden bezügliche Anweisungen erhalten, die getroffenen Maßnahmen aufzuheben.

Dem Vorwärts entnehmen wir über den Vorgang folgendes:

Die brutale Ausweisung traf den Pfarrer Maßen zu Lindenthal, den derzeitigen Rektor von Bütgenbille, die Vorsteherin der Höheren Töchterschule in Malmedy, Fräulein Gall, eine an derselben Schule angestellte Lehrerin Fräulein Steinmetz und endlich drei Mitglieder einer Familie Poncin. Den Ausgewiesenen wurde bedeutet, daß sie wegen antibelgischer Propaganda im Kreise nicht mehr geduldet werden könnten. Insbesondere wurde der Vorsteherin der Höheren Töchterschule von dem Chef der Sicherheitspolizei vorgeworfen, daß sie, obgleich nicht Sozialistin, am 7. Juli 1919 einer sozialdemokratischen Versammlung als Zuhörerin beigewohnt habe. Dies Faktum genügte, um sie auszuweisen.

Sämtliche Ausgewiesene sind vor ihrer Ausweisung weder vernommen, noch irgendwie verhört worden. Der fundamentalste Rechtsgrundsatz, daß auch der Verurteilte stets gehört werden muß, ist damit von den Belgiern rücksichtslos beiseite geschoben worden. Lediglich die Stimme schmutziger Denunzianten war für den General Michel maßgebend. Ihm allein muß man die Verantwortung für seine jeder Gerechtigkeit hohnsprechende Maßnahme zumessen, denn der derzeitige belgische Kommandant des Kreises Malmedy, Major Daufresne de la Chevallerie, gilt als ein rechtlich denkender Mann, so daß er für eine brutale Vergewaltigung der Bevölkerung nicht zu haben sein wird.

Anstifter sind zweifellos wieder die bekannten Landesverräter Hubert Lang, Schwiegersohn des Brauereibesitzers Steinbach in Malmedy, und Leo Blaise (beide haben starke geschäftliche Beziehungen nach Belgien), dazu ein von Lang bezahlter Probelgier namens Heinrich Rouprez, dessen Tochter wegen Verlogenheit in der Schule von der Lehrerin Steinmetz bestraft worden war.

Diese saubere Gesellschaft, die während des Krieges, als noch vom Deutschen Reiche Geld zu verdienen war und der Schützengraben drohte, sich im alldeutschen Sinn betätigte, weiß sich nunmehr, wo der Profit von Belgien winkt, an Gehässigkeit gegen alles Deutsche nicht genug zu tun. So lassen sie harmlose Lehrerinnen und Geistliche, deren Vergehen nur darin besteht, daß sie deutsch denken und deutsch bleiben wollen, aus ihrem Beruf, aus der ihnen liebgewordenen Heimat vertreiben, wenn nur ihr Haß und ihre Rachsucht befriedigt werden.

Unverständlich ist, wie der General Michel den Einflüsterungen der für jeden anständig denkenden Menschen moralisch minderwertigen Landesverräter Gehör schenken kann. Wie sie Deutschland verraten haben, werden sie auch eines Tages Belgien verraten. Hubert Lang hat schon im intimen Kreise geäußert, daß er für den Fall, daß Malmedy bei Deutschland bliebe, wieder ein guter Deutscher werden würde.

Was sagen die belgischen Sozialisten dazu, daß Leute ausgewiesen werden, weil sie einer sozialdemokratischen Versammlung beigewohnt haben?

•

Die Abstimmung in Eupen und Malmedy

Die Belgier verbreiten in Eupen und Malmedy geflissentlich die im Friedensvertrag keinerlei Stütze findende Ansicht, daß die Abstimmung in den beiden Kreisen öffentlich sein soll. Dadurch soll offenbar die deutschgesinnte Bevölkerung abgeschreckt werden, an der Abstimmung teilzunehmen, da eine öffentlich für Deutschland abgegebene Stimme die Ausweisung und andre Schikanen seitens der Belgier zur Folge haben könnte. Daß die Belgier, sobald es ihren Vorteil bedeutet, die geheime Abstimmung vorziehen, und nur diese als die wahre Offenbarung des Volkswillens anerkennen, geht aus einer Brüsseler Havasmeldung hervor, die der Nieuwe Rotterdamsche Courant vom 20. Oktober abdruckt. Hiernach hat das belgische Comité de Politique Nationale beantragt, das belgische Ministerium des Aeußern möge beim Obersten Rat in Paris mit größtem Nachdruck darauf hinwirken, daß in Holländisch-Limburg die Volksbefragung in geheimer Abstimmung stattfindet.

„Sozialpatrioten"

Von Otto Krille

Als sich in Ungarn überraschend die Räterepublik etablierte, sprach ein bekannter Wiener Genosse von einer „nationalistischen Operette". Der ungarische Nationalismus war in der Tat zunächst nicht mißgestimmt und auch nicht ganz unschuldig an der Wandlung der Dinge, denn er erhoffte von der Räterepublik rettenden Widerstand gegen die Entente. Die alte nationale Phraseologie versagte gegenüber den Arbeitern; sie hatte eben Schiffbruch erlitten. Das industrielle Proletariat war nur von neuem vor den Kriegswagen zu spannen, wenn er mit der roten Fahne geschmückt war.

Die gleichen Gedankengänge bewegen auch in Deutschland viele offene und geheime Gönner der kommunistischen Bewegung. In den Salons von Berlin, München und andern Orten posiert manch einer den Kommunisten, der in Wirklichkeit nichts andres ist als ein verkappter Nationalist. Die konsequente Haltung der Kommunisten der Entente gegenüber, im Gegensatz zu der vernunftverlassenen der Unabhängigen, blieb hierbei nicht ohne Einfluß. Wer die Weltrevolution in naher Zukunft erwartete und fördern wollte, mußte sowohl dem Friedensvertrag wie jeder Gewalttat der kapitalistischen Ententebanditen vom Schlage der Clemenceau, Foch und Geschwister den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Verfechter dieser Politik übersehen dabei nur eine Kleinigkeit, nämlich die Frage, wie ein wirtschaftlich ruiniertes, von Rohstoffen entblößtes Land einen neuen Krieg führen soll, denn die oppositionelle Harlekinade der französischen Sozialisten dürfte allgemach auch den glühendsten Anhänger der Weltrevolution davon überzeugt haben, daß dem internationalen Proletariat das Heil nicht aus den Gefilden der sentimentalen Phrase jenseits des Rheines kommen wird. Wohl aber liegt in all diesen Erwägungen der Kernpunkt für unsre auswärtige wie für die innere Politik verborgen. Und doch wagt man in dem leidenschaftlichen Streit unsrer Tage selten in der Arbeiterschaft das Eingeständnis, daß der Angelpunkt unsrer ganzen zukünftigen Politik in unserm Verhältnis zur kapitalistischen Entente liegt.

Wir werden satt werden — wenn die Entente es will. Wir werden arbeiten können — wenn die Entente es will. Wir werden sozialisieren können — wenn die Entente es zuläßt. Wir werden Sklaven des französischen und angelsächsischen Kapitalismus sein — wenn der Entente es beliebt. Und es beliebt ihr sehr. Und zunächst ist bei französischen und englischen Sozialisten noch kein tatkräftiger Versuch zu bemerken, die ungeheure Last unsrer Sklavenketten zu erleichtern. Die Aussichten, daß eine Arbeiterregierung in England dies tun würde, sind sehr gering. Wohl aber liegt die Gefahr nahe, daß die englischen Arbeiter die Nutznießung unsrer Galeerenarbeit vergnüglich genießen werden, von den französischen ganz zu schweigen. Das Häuflein der sozialistisch Aufrechten ist ohne Macht und Einfluß.

Aus diesem Engpaß herauszukommen, wenden die Unabhängigen das Mittel aller Sklavenseelen an: vollkommene Unterwerfung, ohne Würde und ohne Scham. Schon während des Krieges befolgten sie die zumindest eigentümliche Politik, den ausländischen Imperialismus als harmlos hinzustellen, um den einheimischen zu bekämpfen, ein Verfahren, das unsre Nationalisten heute geschickt ausbeuten, indem sie behaupten, die Sozialdemokratie habe die innere Front unterminiert und so unsre Niederlage herbeigeführt. Weit größer war noch der Schaden, den die Unabhängigen dadurch an dem klaren politischen Sinn der Arbeiterschaft verübten. Selbst geistig so hochstehende U.-S.-P.-Männer wie Eisner zeigten in der Beurteilung der ausländischen Vertreter des imperialistischen Kapitalismus eine geradezu rührende Naivität. Unterstützt wurde er darin durch eine Anzahl in der Schweiz lebender, früher zu den Unabhängigen zählender Intellektueller, die mit der Verbissenheit der Emigranten heute noch ihr landesverräterisches Unwesen treiben. Die Stellung zum Friedensvertrag war das Sinnloseste, besonders im Hinblick auf die erwartete Weltrevolution. Niedriger noch steht die Manier, die jetzige Regierung wegen angeblicher Nichteinhaltung des Friedensvertrags anzuschwärzen. Das harte Wort der Prawda, daß die Unabhängigen die blutbefleckten Stiefel der Clemenceau und Foch lecken, ist nicht unverdient. Diese Politik ist Zuhälterei für den Ententekapitalismus und Verrat am Sozialismus, denn sie bedeutet nicht nur eine moralische, sondern zugleich sachliche Stärkung des imperialistischen Kapitalismus, dem sie das fortgeschrittenere Deutschland ausliefern, einen Bärendienst für die Freiheit, wie er verwerflicher nicht gedacht werden kann. Kämen die Unabhängigen heute zur Regierung, so würden sie mit der Geißel geschlagen, die sie selbst mit flechten halfen. Letzten Endes entspringt diese Haltung ebenso wie der blinde Haß gegen die Sozialdemokratie dem Gefühl der politischen Ohnmacht, wie das krankhafte Wittern reaktionärer Tendenzen dem dunklen Eingeständnis, daß sie durch die Spaltung des Proletariats dieses der fruchtbaren Wirksamkeit und Stoßkraft beraubt haben. Stünde die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen da, wie wenig brauchte man die dunklen Mächte der Reaktion zu fürchten! Welchen nicht zu unterschätzenden moralischen Machtfaktor aber würde auch diese Phalanx den fortwährend steigenden Anmaßungen der Entente gegenüber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191026/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG